

14.02.2020

CDU

ANDREAS
MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

viel ist diese Woche passiert. Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich dazu entschlossen, nicht als Kanzlerkandidatin zur Verfügung zu stehen und beim nächsten Parteitag nicht mehr als Parteivorsitzende der CDU zu kandidieren. Ich habe großen Respekt vor ihrer Entscheidung, die ihr sicher nicht leicht gefallen ist.

Nun gilt es aber, klar und entschieden zu handeln. Das heißt vor allem, das wir uns jetzt nicht in endlosen Personaldiskussionen verlieren dürfen, denn das würde uns jetzt nur schaden. Vor allem für uns als Fraktion als Stabilitätsanker der Union gilt jetzt, gegenüber der Bundesregierung geschlossen und entschieden aufzutreten und unsere Anliegen klar im Interesse der Zukunft unseres Landes zu formulieren.

Wir haben viele Projekte vor uns, die wir angehen und die wir derzeit beraten: Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts, bessere Bedingungen für die Landwirte, Kohleausstieg, Strukturwandel in den betroffenen Regionen, Stärkung der Bundeswehr und der inneren Sicherheit, Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Hier müssen wir überall liefern, mit schneller und guter Umsetzung und guten neuen Ideen.

Deshalb freue ich mich, dass sich Friedrich Merz dazu entschlossen hat, sich wieder verstärkt für die Partei einzusetzen. Die Veranstaltung mit ihm in Verden letzte Woche hat gezeigt, wie viele Menschen auch bei uns im Wahlkreis sich über diese Entscheidung freuen. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg, hochinteressant und sehr spannend. Auch ich bin mittlerweile schon viele Jahre im politischen Betrieb, habe es aber noch nie erlebt, dass eine politische Veranstaltung so schnell - schon nach wenigen Tagen - ausgebucht war.

Alles das spricht für Friedrich Merz und ich denke, dass er unsere Erwartungen an diesen Abend auch mehr als erfüllt hat. Seine Aussagen zur Weltpolitik und vor allem sein klarer Kompass zu unserer Partei und zu den Werten und auch unsere eigenen Stärken, die wir wieder stärker in den Blickpunkt rücken müssen, machen uns Mut und können uns ein Ansporn sein!

Ich stimme mit Friedrich Merz absolut überein, dass wir mit mehr Mut und vor allem auch mit marktwirtschaftlichen Me-

chanismen die schwierigen Zukunftsthemen - wie beispielsweise die Energiewende - angehen müssen. Außerdem bin ich sehr froh darüber, dass Merz - genau wie ich - offensichtlich ein Freund der Landwirtschaft ist. Unsere Bäuerinnen und Bauern sorgen dafür, dass wir qualitativ hochwertige Produkte in den Supermarktregalen haben, die wir als Verbraucher uns aber auch etwas kosten lassen müssen, um unsere heimische Landwirtschaft zu unterstützen!

Auch beim Thema Pflege und der Frage, wie wir in Würde alt werden können, liegen wir voll auf einer Linie. Jens Spahn macht als Gesundheitsminister in der Tat einen tollen Job und leistet hervorragende Arbeit. Dennoch gibt es hier natürlich noch viel zu tun und wir müssen dafür sorgen, dass die hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto haben, um zukünftig auch selber noch besser für ihren Lebensabend vorsorgen zu können. Denn eins ist klar: Alles kann der Staat und kann die jüngere Generation - aufgrund der demografischen Entwicklung - nun mal nicht übernehmen.

Zum Schluss freue ich mich natürlich außerordentlich darüber, dass Friedrich Merz angekündigt hat, dass er sich vorstellen könnte nach der nächsten Wahl einer meiner neuen (alten) Kollegen im Bundestag sein zu können. Wir brauchen Leute wie Friedrich Merz, die mit einer klaren Sprache ihre Überzeugungen mit einbringen und so das breite Spektrum unserer Partei vervollständigen.

Ich denke, der langanhaltende große Applaus von letzter Woche gibt ihm Recht und wir haben es jetzt selbst in der Hand, die Zukunft für die gesamte Gesellschaft zu gestalten und besser zu machen, damit wir - wenn wir in 10 oder 20 Jahren auf diesen Abend zurückblicken - stolz auf uns sein können.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



THEMEN DER WOCHE

BERATUNG DES 12. BERICHTS DER BEAUFTRAGTEN DER BUNDESREGIERUNG FÜR MIGRATION, FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION

Im Plenum beraten wir in dieser Woche den 12. Bericht der Migrationsbeauftragten, der die Entwicklungen und Erkenntnisse über Migration und Integration in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen beschreibt und Handlungsbedarfe benennt. Der Bericht unterstreicht unter anderem, dass Integration so früh wie möglich beginnen muss. Die Beauftragte fordert in diesem Zusammenhang einen verpflichtenden Sprachtest für alle Kinder und eine bessere Sprachförderung schon vor der Einschulung. Neben der Schulbildung ist auch die Teilhabe am Arbeitsmarkt entscheidend für die Integration.

ANERKENNUNG DER VON DEN NATIONALSOZIALISTEN ALS „ASOZIALE“ UND „BERUFSVERBRECHER“ VERFOLGTEN

Wir setzen uns dafür ein, die Opfergruppen der im 3. Reich als sogenannte „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ diffamierten Menschen als Opfer des Nationalsozialismus stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Dafür soll bundesweit eine modulare Ausstellung gezeigt werden. Das Ausstellungskonzept soll von der Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ erarbeitet werden. Zudem sollen Forschungsinitiativen gefördert und die Gedenkstätten darin unterstützt werden, die Aufarbeitung der Verfolgung dieser Opfergruppen zu verstärken. Die in dieser Weise Verfolgten sollen explizit in die Aufzählung der Leistungsempfänger in den Fonds AKG-Härterichtlinien aufgenommen werden.

UMFASSENDES VERHANDLUNGSMANDAT FÜR DIE KÜNFTIGEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH NACH DEM BREXIT – FÜR EINE FAIRE UND ENGE PARTNERSCHAFT

Wir streben auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU eine enge Partnerschaft an. Dabei müssen zentrale EU-Interessen wie die Integrität des Binnenmarkts und die Entscheidungsautonomie der EU allerdings gewahrt bleiben. Bei den anstehenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen muss die Entwicklung der Beziehungen zum Vereinigten Königreich insgesamt im Auge behalten werden. Wahrung von Kohärenz und Einheit der EU sind daher wichtig. Eine einheitliche EU-Verhandlungsführung ist sinnvoll, aber die Kompetenzen der Mitgliedstaaten müssen gewahrt bleiben und Fachexpertise ausreichend berücksichtigt werden.

FORTSETZUNG DER BETEILIGUNG BEWAFFNETER DEUTSCHER STREITKRÄFTE AN DEM HYBRIDEN EINSATZ DER AFRIKANISCHEN UNION UND DER VEREINigten NATIONEN IN DARFUR (UNAMID)

Wir beraten den Antrag der Bundesregierung über die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Darfur. Ziel der Mission ist es, die neue sudanesishe Regierung in ihrem Streben nach einer dauerhaften Lösung des Darfurkonflikts weiterhin zu unterstützen. Die Mission ist ein weiterer Beitrag zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Region. Konkret soll die Mandatsobergrenze von zuletzt 50 auf nunmehr 20 einzusetzenden Soldaten reduziert werden, bei einer Verlängerung der Einsatzdauer bis zum 31. Dezember 2020. In der Zeit bis zum Jahresende soll der Rahmen zu einem Übergang zu einer zivilen Mission geschaffen werden.

GESETZ ZUR VERLÄNGERUNG UND VERBESSERUNG DER REGELUNGEN ÜBER DIE ZULÄSSIGE MIETHÖHE BEI MIETBEGINN

In dieser Woche stimmen wir in zweiter und dritter Lesung für eine Verlängerung der Mietpreisbremse für die Dauer von fünf Jahren. Dieses Instrument soll es den Ländern erneut ermöglichen, ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt durch Rechtsverordnung zu bestimmen, die weiterhin eine Höchstgestaltungsdauer von fünf Jahren betragen darf. Spätestens mit Ablauf des 31. Dezember 2025 sollen alle Rechtsverordnungen außer Kraft treten. Außerdem stärken wir den Mieter dadurch, dass dieser gegenüber dem Vermieter auf Rückzahlung zu viel gezahlter Miete bestehen kann.

VIERTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES AUFSTIEGSFÖRDERUNGSGESETZES

Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung Anpassungen für das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, welches das Äquivalent zum BAföG in der beruflichen Bildung darstellt. Mit der Anpassung wollen wir einen Zugang zur beruflichen Höherqualifizierung sicherstellen, die Motivation für Fortbildungen stärken und berufliche Aufstiegschancen verbessern. Dazu verbessern wir die Leistungen, erweitern die Fördermöglichkeiten und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So sieht der Entwurf zum Beispiel eine Verdoppelung des Unterhaltsbeitrages für Vollzeitgeförderte vor.

TRANSFORMATIONSPROZESS IM SUDAN UNTERSTÜTZEN – WIEDERAUFNAHME UND AUSBAU DER BILATERALEN POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT SUDAN

Wir würdigen den demokratischen Wandel im Sudan zu einer zivilen Übergangsregierung. Um die neue Regierung in der Bewältigung der großen Herausforderungen, vor denen sie aktuell steht, zu unterstützen, soll der eigene Beschluss des Deutschen Bundestags vom 14. Juni 1989 aufgehoben werden, mit dem seinerseits die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Sudan eingestellt wurde.

FORTSETZUNG DER BETEILIGUNG BEWAFFNETER DEUTSCHER STREITKRÄFTE AN DER MISSION DER VEREINigten NATIONEN IN DER REPUBLIK SÜDSUDAN (UNMISS)

Wir diskutieren eine Verlängerung des Bundeswehrmandats für den Einsatz im Rahmen des VN-Mandats im Südsudan unter Beibehaltung der bestehenden Mandatsobergrenze von 50 Soldaten. Aktuell sind 13 deutsche Soldaten im Rahmen der Mission im Einsatz, etwa zum Schutz von Zivilpersonen, zur Schaffung förderlicher Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe oder in der Beobachtungs- und Untersuchungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte. Die erfolgreiche Umsetzung des VN-Mandats durch UNMISS bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar.

GESETZ FÜR EINEN FAIREN KASSENWETTBEWERB IN DER GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG (FAIRER-KASSENWETTBEWERB-GESETZ)

In zweiter und dritter Lesung reformieren wir mit dem Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz den Risikostrukturausgleich zwischen den einzelnen Krankenkassen. Verschiedene Fehlanreize und Wettbewerbsverzerrungen, die seit einiger Zeit festzustellen waren, können so abgestellt und ausgeglichen werden. So werden wir etwa die wettbewerblichen Rahmenbedingungen im Finanzausgleich anpassen und das Organisationsrecht modernisieren. Für alle Krankenkassen sollen dadurch möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Im Einzelnen werden wir zur besseren Bestimmung des Ausgleichsmechanismus beispielsweise eine Regionalkomponente in die Bewertung einfügen und das System durch eine Manipulationsbremse schützen. Auch vorgesehen ist etwa ein Risikopool zur Abfederung von Hochkostenfällen.

GESETZ ZUR EINFÜHRUNG VON SONDERVORSCHRIFTEN FÜR DIE SANIERUNG UND ABWICKLUNG VON ZENTRALEN GEGENPARTEIEN UND ZUR ANPASSUNG DES WERTPAPIERHANDELSGESETZES AN DIE UNTERRICHTUNGS- UND NACHWEISPFlichten NACH DEN ARTIKELN 4A UND 10 DER VERORDNUNG (EU) NR. 648/2012

In das bereits bestehende, auf Banken ausgerichtete Sanierungs- und Abwicklungsgesetz wollen wir spezielle für die Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien (Central Counterparty, CCP) geeignete Instrumente einführen. Angesichts der wachsenden Bedeutung von CCPs besteht die Notwendigkeit, einen spezifischen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zu schaffen, der den Besonderheiten von CCPs Rechnung trägt. Das Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, nimmt entsprechende EU-Vorgaben vorweg, da auf EU-Ebene bereits seit längerem über eine Verordnung zu dieser Thematik verhandelt wird.

BLICK IN DIE GESCHICHTE: VERSTÄNDIGUNG IN MOSKAU

Am 10. Februar 1990 konnte Bundeskanzler Helmut Kohl Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow während eines Staatsbesuches in Moskau davon überzeugen, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten keine Bedrohung, sondern eine Chance für den Frieden und die Einheit in Europa darstelle. Kohl zitierte die Übereinstimmung der beiden, dass es „das alleinige Recht des deutschen Volkes“ sei, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will, in einer Pressekonferenz am Abend des gleichen Tages. Er fügte hinzu, „dies ist ein guter Tag für Deutschland und ein glücklicher Tag für mich persönlich“.

Bereits Ende Januar 1990 hatte Gorbatschow davon gesprochen, dass die beiden deutschen Staaten ihre Beziehungen zueinander zielstrebig ausbauen sollten. Entscheidend für die Zustimmung Moskaus zur Wiedervereinigung war letztlich die Regelung, dass die Gebiete der DDR einen militärischen Sonderstatus erhalten sollten, sofern das vereinigte Deutschland weiterhin Mitglied der NATO sein würde.

Mit der in Moskau erreichten Unterstützung der UdSSR hatte die Regierung Kohl einen bedeutsamen Schritt zum „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ gemacht. (Quelle: KAS)

BÜRO BERLIN

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de

CDU